

Stand: 06.07.2025 05:18:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4344

"Bekenntnis zur besonderen deutschen Verantwortung: Volle Härte des Rechtsstaats bei Übergriffen gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger und konsequente Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4344 vom 23.10.2019
2. Beschluss des Plenums 18/4354 vom 23.10.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 23.10.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Thomas Huber, Manfred Ländner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Otto Lederer, Dr. Stephan Oetzing, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Josef Schmid, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Alexander Hold, Dr. Hubert Faltermeier, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bekenntnis zur besonderen deutschen Verantwortung: Volle Härte des Rechtsstaats bei Übergriffen gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger und konsequente Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus

Der Landtag wolle beschließen:

1. a) Der schreckliche Anschlag von Halle löst tiefe Betroffenheit aus. Der Landtag bekennt sich dazu, alle ihm zur Verfügung stehenden gesetzgeberischen als auch politischen Möglichkeiten zu ergreifen, damit Menschen jüdischen Glaubens in unserem Land ohne Bedrohung und ohne Angst leben können. Wir bekennen uns ausdrücklich zu unserer besonderen Verantwortung, den Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen.
- b) Die Staatsregierung wird gebeten, im Rahmen der bestehenden Gremienstruktur der Justizministerkonferenz und der Innenministerkonferenz weiterhin konsequent möglichen Optimierungsbedarf, in der Verhinderung, Aufklärung und strafrechtlichen Ahndung antisemitischer Taten intensiv zu beraten, zu prüfen, abzustimmen und umzusetzen.
Insbesondere sollen Strafverschärfungen überprüft werden.
- c) Der Landtag begrüßt es daher, dass die Staatsregierung beabsichtigt, im Bundesrat eine Initiative einzubringen, die für eine schärfere Bestrafung antisemitisch motivierter Straftaten Sorge trägt.
- d) In Bayern trifft die Polizei bereits umfangreiche präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischer Einrichtungen und Bürger. Die Staatsregierung wird gebeten, den bayerischen Schutzstandard weiterhin aufrechtzuerhalten und regelmäßig auf eventuell notwendige Anpassungen hin zu überprüfen.
- e) Der Landtag begrüßt, dass die bayerischen Sicherheitsbehörden weiterhin alle rechtlich und tatsächlich möglichen Maßnahmen zur präventiven und repressiven Bekämpfung des Rechtsextremismus ergreifen. Er fordert die Staatsregierung auf, diese Maßnahmen umfassend zu überprüfen und entsprechend fortzuentwickeln.

2. a) Die Staatsregierung wird aufgefordert, das bestehende „Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ unter Einbeziehung neuer Erfahrungen und Erkenntnisse weiter fortzuschreiben. Den drei Säulen Vorbeugen, Unterstützen und Eingreifen kommt dabei weiterhin entscheidende Bedeutung zu.
- b) Bei der Fortschreibung sollte ein Augenmerk besonders auf die Entwicklungen dezentraler Strukturen im Internet, die Akteure der „Neuen Rechten“, sowie die rechtsextremistische Musik- und Kampfsportszene, die von Rechtsextremen dazu genutzt wird, neue Mitglieder zu rekrutieren, gelegt werden. Desweiteren muss das Handlungskonzept noch stärker die Nutzung von Sozialen Medien, Hasspostings und den Umgang mit WhatsApp-Gruppen mit extremistischen Inhalten sowie Maßnahmen gegen Antisemitismus in den Blick nehmen. Diese Bereiche sollen an geeigneter Stelle in die Struktur des Handlungskonzeptes integriert werden. Gleichzeitig soll im Rahmen der Arbeit der bereits bestehenden Landeszentrale für politische Bildungsarbeit die aktive politische Bildungsarbeit in den sozialen Medien gestärkt werden.
- c) Die Staatsregierung wird gebeten, dem Landtag über das fortgeschriebene Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus zu berichten und es dem Landtag zu übermitteln. Insbesondere soll dargelegt werden, mit welchen Maßnahmen und Strategien, sowohl präventiv als auch repressiv den aktuellen Entwicklungen begegnet werden kann.

Begründung:

Am vergangenen jüdischen Feiertag Jom Kippur versuchte ein vermutlich rechtsextremistischer Täter in die Synagoge in Halle einzudringen und dort unter Dutzenden Gläubigen ein Blutbad anzurichten. Der Mann erschoss vor der Synagoge eine Frau und kurze Zeit später in einem türkischen Imbiss einen Mann und verletzte weitere Menschen schwer. Die Tat erregte internationales Aufsehen.

Als politisch Verantwortliche sind wir gerade angesichts der deutschen Geschichte zutiefst betroffen von dieser Tat. Der rechtsextremistische, antisemitische Terroranschlag von Halle erfordert eine Reaktion mit der vollen Härte des Rechtsstaates. Wir werden außerdem innerhalb unserer politischen Verantwortung alles dafür tun, damit jüdische Mitbürger in unserem Land ohne Bedrohung und ohne Angst leben können.

Daher bitten wir die Staatsregierung im Rahmen der Justizministerkonferenz und der Innenministerkonferenz und zusammen mit der Bundesregierung umfassende Maßnahmen zu beraten, zu prüfen, abzustimmen und zu ergreifen, die eventuell bestehenden Lücken in der Aufklärung, Verhinderung und strafrechtlichen Ahndung antisemitischer Taten schließen.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden, insbesondere die Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz bekämpfen intensiv bereits derzeit den Rechtsextremismus mit präventiven und repressiven Maßnahmen. Die Analyse und Bekämpfung von rechtsextremistischen Strukturen, Netzwerken und Einzelpersonen muss vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen stetig angepasst und verbessert werden.

Das terroristische Attentat in Halle a. d. Saale am 09.10.2019 geht nach den bislang vorliegenden Erkenntnissen auf einen rechtsextremistischen Einzeltäter zurück. Der Anschlag löst große Betroffenheit aus und sorgte auch international für Aufsehen. Gerade in Deutschland wollen und werden wir als Demokraten keine rechtsextremistischen Entgleisungen gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger oder gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger hinnehmen.

Die bayerischen Behörden und zivilgesellschaftlichen Initiativen setzen bereits seit Jahren erfolgreich auf Präventionsarbeit, um das Entstehen von rechtsextremistischem Gedankengut bereits im Ansatz zu verhindern.

So hat der Landtag am 27.09.2018 mit Drs. 17/24068 eine Neustrukturierung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit beschlossen und dieser gezielt neue Aufgabenschwerpunkte im Bereich der Sensibilisierung für extremistischen Äußerungen im Internet und für digitalen Hassprediger übertragen. Diese neuen, auch durch zusätzlich

bereitgestelltes Personal erweiterten Möglichkeiten sind gezielt zu nutzen mit Blick auf die Präventionsarbeit an Schulen, aber auch die Gesellschaft insgesamt.

Den konsequenten Maßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz ist es zu verdanken, dass die Straftaten im Bereich des Rechtsextremismus im Zeitraum von 2016 bis 2018 insgesamt von 2.379 auf 1.834 gesunken sind. Diese Tendenz zeigte sich auch in den Gewalttaten, welche ebenso von 113 Delikten auf 63 zurückgegangen sind. Gleichwohl stellt dieser Trend keineswegs einen Grund zur Entwarnung dar.

Das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus steht auf den drei Säulen: Vorbeugen, Unterstützen und Eingreifen. Dabei werden präventive Elemente wie allgemeine Demokratieerziehung und Wertebildung und phänomenbezogenen Information durch Beratungs- und Deradikalisierungsangebote ergänzt. Hat sich eine Gefahr bereits realisiert wird darauf mit den klassischen, repressiven Instrumenten von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung reagiert. Unter Einbeziehung neuer Erfahrungen und Erkenntnisse sollen diese Säulen kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Die Staatsregierung wird gebeten dem Landtag das aktualisierte Handlungskonzept zu übermitteln und darzustellen, durch welche Weiterentwicklungen, den aktuellen Herausforderungen begegnet werden soll.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Thomas Huber, Manfred Ländner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Otto Lederer, Dr. Stephan Oetzing, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Josef Schmid, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Alexander Hold, Dr. Hubert Faltermeier, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/4344

Bekenntnis zur besonderen deutschen Verantwortung: Volle Härte des Rechtsstaats bei Übergriffen gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger und konsequente Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus

1. a) Der schreckliche Anschlag von Halle löst tiefe Betroffenheit aus. Der Landtag bekennt sich dazu, alle ihm zur Verfügung stehenden gesetzgeberischen als auch politischen Möglichkeiten zu ergreifen, damit Menschen jüdischen Glaubens in unserem Land ohne Bedrohung und ohne Angst leben können. Wir bekennen uns ausdrücklich zu unserer besonderen Verantwortung, den Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen.
- b) Die Staatsregierung wird gebeten, im Rahmen der bestehenden Gremienstruktur der Justizministerkonferenz und der Innenministerkonferenz weiterhin konsequent möglichen Optimierungsbedarf, in der Verhinderung, Aufklärung und strafrechtlichen Ahndung antisemitischer Taten intensiv zu beraten, zu prüfen, abzustimmen und umzusetzen.
Insbesondere sollen Strafverschärfungen überprüft werden.
- c) Der Landtag begrüßt es daher, dass die Staatsregierung beabsichtigt, im Bundesrat eine Initiative einzubringen, die für eine schärfere Bestrafung antisemitisch motivierter Straftaten Sorge trägt.

- d) In Bayern trifft die Polizei bereits umfangreiche präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischer Einrichtungen und Bürger. Die Staatsregierung wird gebeten, den bayerischen Schutzstandard weiterhin aufrechtzuerhalten und regelmäßig auf eventuell notwendige Anpassungen hin zu überprüfen.
 - e) Der Landtag begrüßt, dass die bayerischen Sicherheitsbehörden weiterhin alle rechtlich und tatsächlich möglichen Maßnahmen zur präventiven und repressiven Bekämpfung des Rechtsextremismus ergreifen. Er fordert die Staatsregierung auf, diese Maßnahmen umfassend zu überprüfen und entsprechend fortzuentwickeln.
2. a) Die Staatsregierung wird aufgefordert, das bestehende „Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ unter Einbeziehung neuer Erfahrungen und Erkenntnisse weiter fortzuschreiben. Den drei Säulen Vorbeugen, Unterstützen und Eingreifen kommt dabei weiterhin entscheidende Bedeutung zu.
- b) Bei der Fortschreibung sollte ein Augenmerk besonders auf die Entwicklungen dezentraler Strukturen im Internet, die Akteure der „Neuen Rechten“, sowie die rechtsextremistische Musik- und Kampfsportszene, die von Rechtsextremen dazu genutzt wird, neue Mitglieder zu rekrutieren, gelegt werden. Desweiteren muss das Handlungskonzept noch stärker die Nutzung von Sozialen Medien, Hasspostings und den Umgang mit WhatsApp-Gruppen mit extremistischen Inhalten sowie Maßnahmen gegen Antisemitismus in den Blick nehmen. Diese Bereiche sollen an geeigneter Stelle in die Struktur des Handlungskonzeptes integriert werden. Gleichzeitig soll im Rahmen der Arbeit der bereits bestehenden Landeszentrale für politische Bildungsarbeit die aktive politische Bildungsarbeit in den sozialen Medien gestärkt werden.
- c) Die Staatsregierung wird gebeten, dem Landtag über das fortgeschriebene Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus zu berichten und es dem Landtag zu übermitteln. Insbesondere soll dargelegt werden, mit welchen Maßnahmen und Strategien, sowohl präventiv als auch repressiv den aktuellen Entwicklungen begegnet werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Cemal Bozoğlu

Abg. Florian Ritter

Abg. Karl Freller

Abg. Stefan Löw

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Florian Streibl

Abg. Raimund Swoboda

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Dr. Ralph Müller

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gegen jeden Antisemitismus! - Konzept zur Prävention von Antisemitismus erarbeiten (Drs. 18/4303)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Einsetzung eines eigenen bayerischen "Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus" (Drs. 18/4343)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Karl Freller, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bekennnis zur besonderen deutschen Verantwortung: Volle Härte des Rechtsstaats bei Übergriffen gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger und konsequente Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus (Drs. 18/4344)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Herr Kollege Cemal Bozoglu von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Cemal Bozoglu (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! In den letzten dreißig Jahren blühte in Deutschland wieder jüdisches Leben: Synagogen werden saniert; jüdische Schulen sind Teil der Bildungslandschaft geworden; Menschen mit Kippa sind auf der Straße zu sehen usw. Aber neben dieser positiven

Entwicklung zeigt der Antisemitismus immer wieder sein hässliches Gesicht, nicht etwa an fernen Orten, sondern vor unserer Haustür. Im August dieses Jahres wurden in München ein Rabbiner und seine beiden Söhne bespuckt und beleidigt – nicht der einzige Fall in der Landeshauptstadt. Mehrfach kam es in diesem Jahr in der Synagoge in Augsburg zu Hakenkreuzritzungen. Derweil stellt der Forscher Florian Schubert fest: "Jude ist die größte Beleidigung im Fußball." Auch Teile der Musikszene bedienen Klischees gegen Jüdinnen und Juden. Allein 2018 wurden in Bayern 219 antisemitische Straftaten registriert, 95 % davon sind dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen; gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um fast 50 %. Die neue Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS – Bayern hat 2019, in den ersten sechs Monaten ihres Bestehens, bereits 96 antisemitische Vorfälle registriert. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher sein.

Der Bayerische Landtag sollte deshalb ein klares Zeichen setzen: Wir müssen gegenüber allen Menschen, die von antisemitischer Gewalt, Drohungen und Beleidigungen betroffen sind, unmissverständlich unsere Solidarität zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Ein angstfreies Leben für Jüdinnen und Juden zu ermöglichen und jüdische Einrichtungen ausreichend zu schützen, hat oberste Priorität, ohne Wenn und Aber. Maßnahmen wie Strafverschärfung und polizeiliche Schutzkonzepte sind notwendig, reichen aber allein nicht aus. Parallel dazu muss eine Förderung der vielfältigen jüdischen Kultur gegeben sein. Präventionsmaßnahmen gegen Hass, Diskriminierung und Rassismus müssen ergriffen werden. Ein ressortübergreifendes Programm, das dort ansetzt, wo Antisemitismus passiert und wo Rechtsextremisten versuchen, Menschen zu radikalisieren, ist nun gefordert. Wenn etwa Internet zum Treibsatz von Radikalisierung geworden ist, dann muss sich soziale Arbeit zur Prävention auch dorthin verschieben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die Argumente von Demokratinnen und Demokraten müssen genau da zu hören sein, wo Verschwörungstheorien kursieren und Radikalisierung und geistige Brandstiftung stattfinden, vollkommen egal, ob diese aus einer rechtsextremistischen oder einer islamistischen Ecke kommen. Es ist eine Querschnittsaufgabe, die Bereiche wie Bildung, Justiz, Sicherheit, Opferschutz, Kultur und mehr berührt. Der Freistaat selbst muss dabei als Vorbild vorangehen und entsprechende antisemitismuskritische Fortbildungen für Polizei, Justiz und Beschäftigte der Verwaltung anbieten.

Auch an den Schulen und in der Jugendarbeit wollen wir verstärkt aufklären. Eine Meldepflicht für antisemitische Vorfälle muss eingeführt werden. Lehrpersonal muss mit zentralen Anlaufstellen und Weiterbildung unterstützt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit müssen stärker gefördert werden. Der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit müssen zusätzliche Mittel für Projekte zur Verfügung gestellt werden. Die Gedenk- und Erinnerungsarbeit zur Shoah und zum Nationalsozialismus bleibt Pflicht.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Deshalb richtet sich eine Einladung an alle demokratischen Fraktionen des Landtags, mit uns gemeinsam ein umfassendes Handlungsprogramm zu erarbeiten. In anderen Bundesländern wie Berlin gibt es bereits solche Landeskonzeppte zur Antisemitismusprävention. Wir haben bereits einige ganz konkrete Vorschläge und Ideen zur Bekämpfung des Antisemitismus, freuen uns aber über jedes Zutun von Ihnen. Ein interfraktionell erarbeitetes Konzept zur Prävention gegen Antisemitismus wäre ein starkes politisches Signal aus Bayern. Es gilt, den Kampf gegen Antisemitismus zu einer zentralen Aufgabe der bayerischen Politik zu machen. Halle ist eine schreckliche Mahnung an uns alle. Aber wir können Halle auch als Ansporn verstehen, als Ansporn, gemeinsam gegen Antisemitismus zu handeln.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Einladung, eine Einladung an alle demokratischen Fraktionen dieses Hauses, die gegen Antisemitismus klare Kante zei-

gen. Es ist eine Einladung dazu, zusammen ein weitreichendes und agiles Handlungsprogramm zu entwickeln, das überall dort greift, wo auch nur ein Funken Antisemitismus zu erkennen ist, verabschiedet unmittelbar vom Landtag, als Zeichen des breitesten gesellschaftlichen Willens, so wie es auch im Bundestag geschehen ist. Dazu verpflichten uns unsere Geschichte und die aktuelle drohende Gefahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zweimal hat der Bundestag mit überwältigender Mehrheit einen Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus eingesetzt. Zweimal haben Fachleute aus den jüdischen Gemeinden, aus Wissenschaft und Praxis getagt. Zweimal sind umfangreiche Berichte abgegeben worden, mit Analysen, einer Sachstandsbeschreibung zum Leben der Jüdinnen und Juden in Deutschland, zur Situation des Antisemitismus und mit Handlungsempfehlungen für die Politik.

Zweimal hat aber auch die Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag verweigert, diesen Bericht hier im Bayerischen Landtag zu beraten, damit wir alle gemeinsam darüber reden können, für welche Bereiche der Freistaat Bayern Konsequenzen ziehen muss und wo wir auf der Grundlage der Empfehlungen dieses Berichtes handeln müssen. Die Begründung war jeweils: Das ist ja eine Einrichtung des Bundes; sie hat mit Bayern nichts zu tun. – Besonders seltsam wird es dann, wenn man weiß, dass ein Großteil der Empfehlungen die Bildungspolitik, aber auch die innere Sicherheit betreffen. Beide Arbeitsbereiche sind bei den Ländern angesiedelt und gehen uns deshalb sehr wohl etwas an.

Die Bekämpfung von Antisemitismus, Kolleginnen und Kollegen, braucht stärkeres wissenschaftliches und zivilgesellschaftliches Know-how. Die Errichtung eines bayerischen Expertenkreises Antisemitismus, der die Situation speziell in Bayern beleuch-

tet und spezielle Handlungsempfehlungen für Bayern formuliert, erscheint uns deshalb dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Notwendig erscheint es nicht deshalb, weil wir alles über den Haufen werfen wollen, was bisher passiert ist, sondern weil wir es weiterentwickeln wollen und weil wir dafür sorgen müssen, dass wir nicht in ideologischen Sackgassen landen. In welchen Sackgassen man landen kann, wenn man das Ganze immer nur durch die parteipolitische Brille sieht, sieht man an zehn Jahren Fehleinschätzungen bezüglich des Freien Netzes Süd durch die Staatsregierung oder auch an der viel zu langen Dauer, bis die Bayerische Staatsregierung begriffen hat, welche tatsächliche Gefahr von den Reichsbürgern ausgeht. Wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Expertise muss beteiligt werden, und wir brauchen unabhängige Expertise.

Wenn wir schon bei Unabhängigkeit sind, möchte ich Sie darauf verweisen, dass wir darüber auch bei der Frage, wie das Amt des Antisemitismusbeauftragten ausgestaltet ist, diskutieren müssen. Überall, nur nicht in Bayern, ist dieses Amt unabhängig ausgestaltet. Bayern ist das einzige Land, in dem ein aktiver Parteipolitiker mit diesem Amt versehen ist. Das hat dann halt zur Folge, dass wir einen Bezirksvorsitzenden der CSU haben, der auf der einen Seite auf Wahlkampfveranstaltungen gegenüber den anderen demokratischen Parteien den großen Hammer rausholt, auf der anderen Seite aber auch organisieren muss, dass Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern Sie auf, unseren Antrag auf Einrichtung eines "Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus" zu unterstützen. Wir werden die Anträge der GRÜNEN und der CSU unterstützen, auch wenn uns insbesondere der Dringlichkeitsantrag der CSU in manchen Punkten nicht weit genug geht – aber durch eine Unterstützung unseres Antrags wäre das zu heilen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Karl Freller von der CSU-Fraktion.

Karl Freller (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Menschen jüdischen Glaubens leben seit mindestens 1.700 Jahren in Mitteleuropa. Die ersten Aufzeichnungen stammen aus Köln aus dem Jahr 321. Jüdinnen und Juden haben die Kultur dieses Landes entscheidend mitgeprägt. Ich nenne nur historisch bekannte Persönlichkeiten wie Einstein, Heinrich Heine, Felix Mendelssohn Bartholdy und viele andere. Jüdinnen und Juden sind integraler Bestandteil unseres Landes. In seinem Buch "Eine Geschichte von Liebe und Finsternis" beschreibt der israelische Schriftsteller Amos Oz, dass Juden überzeugte Europäer waren, als sich niemand außer ihnen als Europäer fühlte, dass in den Zwanziger- und Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts die Juden eigentlich die einzigen Europäer in ganz Europa waren. Europa ist durch das Judentum geprägt; Deutschland ist durch das Judentum geprägt. Wir alle wissen: Jüdisches Leben in unserer Mitte ist alles andere als selbstverständlich. Für uns alle sind nach wie vor die großen Lücken spürbar, die der Holocaust gerissen hat. Am Ende des Zweiten Weltkrieges war jüdisches Leben in Europa fast gänzlich verschwunden. So unglaublich viel Kultur, Geist und Kreativität ist in deutschem Namen zerstört und ermordet worden. Das ist ein gigantischer Verlust für unser Land. Es gibt in der Menschheitsgeschichte kein schlimmeres Verbrechen.

Heute dürfen wir uns freuen, dass wir wieder intakte jüdische Gemeinden haben. Von Charlotte Knobloch stammt das Zitat: Wir sind da, wir leben und wir streiten. – Genau so soll es sein. An der Spitze des Zentralrats der Juden in Deutschland steht mit Dr. Schuster ein Mann, der sich selbst als einen deutschen Juden mit einer 450 Jahre lange Familiengeschichte im hessisch-bayerischen Gebiet beschreibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Stoff, aus dem Bayern gewebt ist, ist wieder von jüdischer Kultur durchwirkt. Oder um es mit Jürgen Habermas zu sagen: Gäbe es nicht eine deutsch-jüdische Tradition, wir müssten sie heute um unseretwillen finden. – Es

grenzt an ein Wunder, dass ein Volk, das über den ganzen Erdball zerstreut wurde und immer wieder Verfolgungen ausgesetzt war, zum Glück über Jahrtausende hinweg seinen geistigen Zusammenhalt bewahrt hat, eine Gemeinsamkeit, die auf einem Kanon von überlieferten Schriften, Erfahrungen und Regeln beruht, eine Gemeinsamkeit, die immer wieder erneuert und fortgeschrieben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kollegen, die länger im Landtag sind, erinnern sich an jene Debatte am 24. November 2011, als die Morde des NSU bekannt geworden waren und wir hier in diesem Haus darüber diskutiert haben. Ich habe am Ende dieser Debatte in meiner Rede gesagt – ich zitiere aus meiner Rede von 2011:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns heute erneut gemeinsam ein starkes Signal gegen den Rechtsextremismus setzen. Träger rechtsradikaler Hetzparolen, antisemitischer Gedanken und fremdenfeindlicher Gewalt haben keinen Platz in unserer demokratischen Gesellschaft. Der braune Sumpf gehört ausgetrocknet, das dumpfe Denken abgeladen auf dem Müllplatz des vergangenen Jahrhunderts. Arbeiten wir in tiefster Überzeugung für unsere Demokratie, für die Wahrung der Menschenrechte! Das ist die sicherste Garantie, dass aus dem "Nie wieder" nie wieder ein "Schon wieder" wird. Wenn wir Demokraten zusammenhalten, haben die Neonazis keine Chance.

Das waren Worte aus dem Jahre 2011. Ich bin auf der einen Seite sehr dankbar – das möchte ich ausdrücklich erwähnen –, dass sich in diesen acht Jahren in Bayern außerordentlich viel bewegt hat. Wir haben schon bis dato mit den jüdischen Gemeinden einen ausgesprochen guten Kontakt gehabt. Aber es ist in der Tat notwendig geworden – und es ist in mehrfacher Hinsicht und mit vielen Beschlüssen auch dieses Hauses und mit vielen Vollzügen in den Staatsverwaltungen geschehen –, dass wir stärker denn je versuchen, alles zu tun, sowohl in der schulischen Bildung, indem wir das jüdische Leben als einen integralen Bestandteil dieses Landes beschreiben, wie auch na-

türlich in der Jugendarbeit, im Jugendaustausch mit Israel wie auch in der Prävention vor Gewalttaten und im Bereich der Verfolgung derselben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass wir in Bayern gerade auch mit den israelitischen Kultusgemeinden einen außerordentlich guten Kontakt haben. Ich will das heute nicht zu sehr kommentieren; aber eines möchte ich schon festhalten: In Bayern wäre es mit Sicherheit nicht passiert, dass an einem solchen Feiertag in der Synagoge bzw. im jüdischen Gemeindehaus keinerlei Bewachung oder keine Polizei gewesen wäre.

Herr Staatssekretär Eck, ich möchte ausdrücklich der bayerischen Polizei Dank dafür sagen, was hier täglich an Präventivmaßnahmen, an Vorsichtsmaßnahmen, an Bewachung durchgeführt wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Das ist ein Punkt, der hier ebenso wahrzunehmen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie die Tatsache, dass wir im Bildungsbereich auf breiter Ebene, Herr Kollege Waschler, seit Jahren intensiv bemüht sind, überhaupt Verständnis für das Judentum als solches zu erlangen – es war übrigens bei vielen schon davor eine Selbstverständlichkeit, das Judentum positiv in den Unterricht einzuspeisen –, und dass wir eigentlich mehr denn je das Judentum, diese Religion Europas, mit im Unterricht berücksichtigen.

Genauso wichtig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir auch vor Rechtsextremismus warnen, dass wir vor denen warnen, die das Ganze verharmlosen und verniedlichen. Es ist in der Tat eine Beobachtung, die auch mich erschreckt, dass dieser Rechtsextremismus noch mehr zugenommen hat, als ich es vor acht Jahren schon fast befürchtet hatte. Wir sehen im Moment eine Situation im Land, die in der Tat eine klare Antwort auch der Demokratie braucht.

Da freue ich mich auch über die Anträge der SPD und der GRÜNEN. Ich werde Ihnen aus anderen Gründen nicht zustimmen. Sie enthalten zwar eine Zielsetzung, die ich unverändert teile; aber sie enthalten Maßnahmen, die ich in Bayern schon erfüllt sehe, weil ich nämlich längst weiß, dass wir Antisemitismusbeauftragte oder sonstige Einrichtungen im sozialen Bereich oder im Sicherheitsbereich haben – ich will sie nicht im Detail aufführen; sie sind in unserem Antrag ausführlich genannt –, die eigentlich bereits das geschafft haben, was in diesen Anträgen im Augenblick gefordert wird. Mir ist bisher auch zu wenig Abstimmung Ihrer Anträge – das ist meine Beobachtung – mit den jüdischen Gemeinden erfolgt. Wir sollten in diesem Bereich noch weitaus stärker – diesen Tipp möchte ich den Kollegen geben – mit den Israelitischen Kultusgemeinden Rücksprache nehmen, was noch wichtig und sinnvoll ist.

Wir haben in unserem Antrag – ich bitte, ihn genau durchzulesen; ich will aus Zeitgründen nicht die einzelnen Punkte bringen – eine Dreisäulenarbeit, die letztlich darin besteht, dass wir verhindern, aufklären und strafrechtlich ahnden. Dieser Dreisatz ist das Entscheidende: Verhinderung, Aufklärung und strafrechtliche Ahndung. Ich meine, hier ist in Bayern wirklich vieles und viel Gutes geleistet worden.

Ich lasse auch nicht so ohne Weiteres zu, dass der Antisemitismusbeauftragte hier in eine politische Ecke gestellt wird, weil ich weiß, wie schwer er unterwegs ist, dass er großen Anklang auch in den israelitischen Gemeinden im Lande findet und auch sonst außerordentlich fleißig Aufklärungsarbeit an Schulen und in öffentlichen Einrichtungen betreibt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben hier rechtzeitig das getan, was andere Bundesländer lange nicht oder viel zu spät getan haben, nämlich einen Antisemitismusbeauftragten eingesetzt, und wir haben auch, was ich für entscheidend halte, Handlungskonzepte entworfen, die schon seit Jahren wirksam und im Vollzug sind.

(Margit Wild (SPD): Ich habe noch keines im Bildungsbereich gesehen, tut mir leid!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Staatsregierung hat sich erst in diesem Monat mit dem Thema befasst und dort nachgehakt, wo vielleicht noch Schwachstellen sind. Ich halte das für wichtig. Ich halte es auch für wichtig, dass die Staatsregierung hier immer wieder Bericht erstattet, wie die Situation aussieht. Gemäß den Zahlen der Staatsregierung sind die Vorfälle bei uns zurückgegangen und haben sich, anders als in anderen Ländern, nicht weiterentwickelt. Ich halte dies auch für einen Erfolg unserer Präventivmaßnahmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will heute nicht noch ins Spiel bringen, was die Politik als solche und andere Parteien angeht, sondern möchte nur eines sagen, was mir wichtig ist. Wir sollten verdammt vorsichtig mit Israel-Kritik sein, von der im Augenblick zu viel geäußert wird. Oft versteckt sich hinter Israel-Kritik Judenfeindlichkeit. Das ist eine ganz infame Art und Weise, unsere Jüdinnen und Juden hier zu diskriminieren. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Stefan Löw von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Mai haben wir bereits einen ähnlichen Antrag behandelt. Damals hat auch unsere Fraktion entschlossenes Vorgehen gegen jede Form von Extremismus und Antisemitismus gefordert; dazu stehen wir auch heute noch.

Sie von den GRÜNEN haben schon damals gezeigt, dass Sie nur eine sehr eingeschränkte Sicht auf die Dinge haben. Gerade bei Ihrer Partei ist der ernsthafte Kampf

gegen Antisemitismus einfach nur unglaublich. Eine Vertreterin Ihrer Partei, die eines der höchsten Ämter Deutschlands innehat, hat vor wenigen Tagen erst aufs Allerherzlichste einen Mann begrüßt, der ein System vertritt, das Frauenunterdrückung, Hinrichtung von Homosexuellen, Hass auf Israel und alle Juden nicht nur gutheißt, sondern sogar fördert.

(Beifall bei der AfD)

Und heute dieser Antrag: Welch eine Heuchelei!

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Das war eine parlamentarische Verpflichtung! – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Sie fordern von uns den Rausschmiss von Björn Höcke, weil dieser eine zweideutige Bemerkung gemacht hat. Wir fordern von Ihnen den Rausschmiss von Claudia Roth; ihr Verhalten war eindeutig.

(Zuruf von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

Frau Schulze – Sie ist jetzt gar nicht mal da –: Wir von der AfD werden von Ihnen und vielen Ihrer Parteikollegen nicht einmal begrüßt. Aber bekennende Holocaustleugner werden von Ihrer Partei liebevoll begrüßt. – Nicht, dass ich von Ihnen liebevoll begrüßt werden möchte, darauf verzichte ich gerne. Aber jetzt wird mir der Hintergrund Ihres Verhaltens langsam bewusst.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Jürgen Mistol (GRÜNE))

Sie grüßen die einen und zeigen keinerlei Respekt uns gegenüber, weil Sie die Demokratie, für deren Erhalt wir von der AfD jeden Tag kämpfen, nicht respektieren. Darum lese ich in Ihrem Antrag auch nichts von Linksextremismus, obwohl Sie doch ganz genau wissen, dass viele Linksextremisten eine tiefe Judenfeindlichkeit in sich tragen.

Sie nehmen den Kampf gegen Antisemitismus nur als Vorwand, um in Wirklichkeit den Linksextremismus – also Ihre Wählerschicht – zu fördern.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Das zeigt, dass Ihre Partei eine zutiefst linksextreme Partei ist mit einer bekennenden Linksfaschistin als Fraktionsvorsitzende.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Sie schmücken sich zwar gerne mit dem Schein der Demokratie, wollen in Wirklichkeit aber eine demokratisch gewählte Partei ausschließen. Damit treten Sie den Willen der Wähler und des Volkes mit Füßen. Wer den Willen des Volkes mit Füßen tritt, ist kein Demokrat, der ist ein Extremist. Ihre Doppelmoral widert mich an, und ich hoffe, dass Ihre Wähler schnellstmöglich zum gleichen Ergebnis kommen.

(Margit Wild (SPD): Wo ist die Aussage zum Antrag?)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, sind Sie am Ende?

Stefan Löw (AfD): Ja, ich bin am Ende.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, wir werden uns Ihre Rede anschauen und uns vorbehalten, möglicherweise eine Rüge auszusprechen.

Stefan Löw (AfD): Eine Stellungnahme habe ich vorbereitet.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Ich habe übersehen, dass es eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mistol gibt. Bitte schön.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Löw, ich bin wirklich ein ums andere Mal darüber erschüttert, was Vertreter Ihrer Fraktion hier im Hohen Hause vom Stapel lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das brauchen Sie, Herr Mistol!)

Ich sage Ihnen auch: Wer der Bundestagsvizepräsidentin Antisemitismus vorwirft,

(Zuruf von der AfD: Zu Recht!)

hat, glaube ich, überhaupt nicht verstanden, um was es gegangen ist.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Gibt's bevorzugt bei den Linken!)

Es ist unglaublich, was Sie da machen. Wenn Delegationen aus anderen Ländern, mit denen wir diplomatische Beziehungen pflegen, in Berlin sind und dort nachfragen, ob sie den Bundestag besuchen können, ist es üblich, diese auch in den Bundestag einzuladen. Dabei gehört es zum guten Stil, dass man sich auch an einen Tisch setzt. Das heißt aber nicht, dass man deren Auffassungen teilt. Sonst dürften wir auch nicht mit Ihnen hier im Raum sitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD): Bravo!)

Herr Löw, ich würde Ihnen dringend anraten, sich für Ihre Rede zu entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Der redet schon eine halbe Stunde! Was ist denn da los?)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Löw, Sie haben das Wort.

Stefan Löw (AfD): Es ist ja nicht so, dass diese Dame das zum ersten Mal gemacht hat. 2013 hat sie den Herrn zum Beispiel mit einem kräftigen High-Five begrüßt. Das war auf einer Reise Richtung Palästina. Das ist ja nicht das erste Mal. Also zeigt das doch ihre Einstellung.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Freller von der CSU gemeldet. Bitte schön.

Karl Freller (CSU): Herr Abgeordneter, nach der entsetzlichen Bluttat von Halle hat der Pressesprecher der sächsischen AfD, ein Andreas Albrecht Harlaß, Folgendes geschrieben: "Nur mal zur Erinnerung: Der Psycho von Halle hat Deutsche erschossen, keine Semiten." – Distanzieren Sie sich eindeutig von dieser Aussage?

Stefan Löw (AfD): Ich habe wenig Verständnis für diese Aussage, aber sie hat aber eigentlich keine Unwahrheiten enthalten. Ich verurteile den Anschlag auch und sehe ihn auch als antisemitischen Anschlag. Die Aussage an sich ist aber inhaltlich nicht falsch. Das ist so. Aber wie gesagt: Ich verurteile den Anschlag. Das habe ich in der Aktuellen Stunde auch gesagt.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wahnsinn! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das Ihr Ernst, was Sie gerade antworten?)

– Ja, haben Sie nicht zugehört? Was ist an diesem Satz falsch?

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ja abartig!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie können bitte an Ihren Platz zurückgehen. Danke. – Der nächste Redner ist der Kollege Wolfgang Heubisch von der FDP-Fraktion.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Einmal wird dieser schreckliche Krieg doch aufhören, einmal werden wir auch wieder Menschen und nicht allein Juden sein.

Diese Sätze hat Anne Frank 1944 in ihrem Unterschlupf in den Niederlanden in ihr Tagebuch geschrieben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile haben wir das Jahr 2019 und sind leider weit entfernt von der Erfüllung dieses Wunsches. Das heißt, dass wir über dieses Thema intensiv sprechen und diskutieren müssen. Es gab ja erst letzte Woche dazu eine Aktuelle Stunde.

Mein Kollege Hagen hat damals deutlich Stellung genommen. Ich möchte seine Worte ausschnittsweise wiedergeben:

Wo können wir also ansetzen? – Konsequenteres Vorgehen gegen Hasskommentare im Internet, verstärkte Beobachtung einschlägiger Internetforen, Straf-
fung der deutschen Sicherheitsarchitekturen, ein besserer Austausch zwischen den Behörden, mehr Polizeipräsenz auf der Straße, insbesondere Schutz von Synagogen und jüdischen Einrichtungen, keine Kürzung bei Präventions- und Aussteigerprogrammen sowie eine bessere Vermittlung von politischer Bildung, von Medienkompetenz und religiöser Toleranz an unseren Schulen.

Dies alles reicht wohl nicht aus, wenn die Empörung vor allem aus den Institutionen und auch von den Eliten kommt. So ehrenvoll es sein mag, wenn frühere Echo-Preisträger ihre Auszeichnung zurückgeben, das Schlimmste an der Auszeichnung für die Rapper war doch, dass ihnen wohl niemand, am allerwenigsten wohl die an diesem Album beteiligte Plattenfirma, vorher deutlich gemacht hatte, dass eine Zeile wie "Mein Körper definierter als von Auschwitz-Insassen" eine Verhöhnung dieser Opfer darstellt. Dies zeigt: Wir benötigen eine nachhaltige Sensibilisierung in der Gesellschaft für dieses Thema. Ich sehe es nicht nur als Aufgabe des Bayerischen Landtags an, vehement gegen jede Art von Antisemitismus vorzugehen; es ist auch die Aufgabe jedes Bürgers im Freistaat Bayern, hier entsprechend zu agieren.

Kommen wir an den Punkt, den sich Anne Frank gewünscht hätte: Lasst uns den Menschen in seiner Vielfalt sehen!

Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr wohl der Meinung, lieber Charly Freller, dass der Antrag der GRÜNEN notwendig ist. Der An-

trag der Regierungsfractionen zeigt – ich möchte das in aller Klarheit, aber auch Ruhe sagen –, dass wir Handlungsbedarf haben. Die Regierungsfractionen sagen uns das selbst mit ihrem Antrag. Deshalb werden wir als Fraktion der FDP allen drei Anträgen zustimmen. Ich hoffe, dass wir die Inhalte zügig, nachhaltig und konsequent umsetzen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Florian Streibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt Handlungsbedarf – das ist richtig. Wir sind uns eigentlich alle einig im Kampf gegen Antisemitismus, Fremdenhass und Rassenwahn. Ich hätte mir gewünscht, dass man im Vorfeld das Gespräch zwischen den Fraktionen gesucht hätte und wir heute mit einem gemeinsamen Antrag, den wir alle hätten mittragen können, hier stehen könnten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn so wird die Diskussion eher ins politische Tagesgeschäft gezogen. Dieses Thema ist eigentlich zu schade dafür. Wir sollten da ein stärkeres Zeichen setzen – wie beispielsweise gestern das tschechische Parlament.

Meine Damen und Herren, Antisemitismus ist ein Phänomen, das uns alle bedroht, nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern unsere gesamte Gesellschaft. Hier können wir uns auch nur als das verteidigen, als was wir angegriffen werden, wie Hannah Arendt schreibt. Wir werden in unserer freiheitlichen demokratischen, offenen, pluralen Gesellschaft angegriffen, die uns siebenzig Jahre Wohlstand, Freiheit und Frieden gebracht hat. Das wird infrage gestellt; denn mit dem Antisemitismus beginnt es erst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Antisemitismus stellt letztendlich unsere Lebensweise, aber auch unseren Erfolg infrage. Deswegen müssen wir uns verteidigen und wehren. Wir müssen uns schützend vor unsere jüdischen Geschwister stellen und sie verteidigen, weil der Angriff letztlich uns allen gilt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Hier gilt auch das Wort "Keine Toleranz für Intoleranz"; denn sonst schaffen wir am Ende die Toleranz ab.

Vielleicht noch ein Satz, den der Schriftsteller Amos Oz in seinem Buch "Juden und Worte" geschrieben hat: Irgendwie sind alle Menschen Juden, nur die wenigsten wissen das. – Insofern sollten wir uns solidarisch zeigen und die Juden verteidigen.

Den Gedanken von Herrn Freller möchte ich auch aufgreifen: Wir müssen mit der Israel-Kritik vorsichtig sein; denn das ist oft nur versteckter Antisemitismus. Dem müssen wir genauso entschlossen entgegentreten; denn der Staat Israel hat Bestand, und den müssen auch wir schützen und verteidigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Streibl, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege Bozoğlu, bitte schön.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Herr Kollege Streibl, momentan ist eigentlich nichts abgeschlossen. Das heißt, wir haben unsere Hand gereicht. Wir sind immer noch bereit, aus diesen drei Anträgen eine gemeinsame Initiative zu machen.

Wir fordern in unserem Antrag ein gemeinsames Handlungskonzept, das vom Landtag beschlossen wird, also eine Initiative, die vom Landtag ausgeht, damit das auf einer soliden Mehrheit basiert.

Das können wir immer noch machen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Damit haben Sie recht. Das sollten wir auch machen. Es wäre aber dennoch schöner gewesen, wenn wir das schon im Vorfeld getan hätten und ein gemeinsamer Antrag vorgelegen hätte, den man als Resolution des Landtags hätte verabschieden können.

Ich warte darauf, dass von Ihrer Fraktion eine Einladung an die anderen Fraktionen kommt, dass wir das Gespräch suchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Dr. Martin Runge (GRÜNE): Die Einladung gab es schon letzte Woche, Herr Streibl!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nun hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren im Hohen Haus! Die Bekämpfung des Antisemitismus ist eine zentrale Aufgabe der Politik. Damit haben die GRÜNEN recht, und wir alle haben keinen Zweifel daran. Nicht recht haben Sie aber, wenn Sie glauben, dass die GRÜNEN alleine den "wahren Jacob" erfunden hätten.

Mir scheint, was die GRÜNEN mit diesem Antrag inszenieren, ist parteipolitischer Mummenschanz und wird der Fragestellung gar nicht gerecht; denn Sie tun so, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete von den GRÜNEN, als gäbe es seitens der Politik in Bayern keine konkreten Anstrengungen, Antisemitismus, wo immer er sich zeigt, ernsthaft und nachhaltig zu bekämpfen, und das sollten Sie so nicht implizieren.

Wie so oft in der parlamentarischen Debatte hier im Hohen Haus erlebt, kleiden Sie ein ernstes Thema in eine theatralische Maskerade, jonglieren in Ihrem Antrag mit Begriffen wie "demokratische Erinnerungskultur", "außerschulische Demokratiebildung" oder "alltägliche Diskriminierung" und fordern ressortübergreifend ein bayerisches Präventionskonzept. Sie erwecken damit den Eindruck, als bedürfte es einer grundsätzli-

chen, generellen Umerziehung der bayerischen Bevölkerung und vor allen Dingen der bayerischen Ministerien, Behörden, Staatsbediensteten, also all derer, die sich tagtäglich für den Schutz unserer jüdischen Mitbürger einsetzen. Ich empfinde das als anmaßend, meine Damen und Herren. Wieder einmal wollen die GRÜNEN-Politiker als Schulmeister auftreten und sowohl den staatlichen Behörden und Einrichtungen als auch der Zivilgesellschaft schlechthin vorschreiben, wie sie mit Antisemitismus umzugehen haben; als nichts anderes kann das dargelegte Handlungsprogramm zur besseren Prävention gedeutet werden.

Herr Freller, Sie haben natürlich recht – sagen Sie das immer wieder! –: In Bayern geschieht viel, vielleicht noch nicht genug; jeder ist aufgerufen, etwas zu tun, um Juden mitten unter uns zu schützen.

Ich glaube, dass die GRÜNEN hier im Hohen Haus eine parteipolitische Abrechnung im Sinne von Staatsversagen der aktuellen Regierung betreiben. Das ist falsch. Seit ich im Dienst des Freistaates Bayern bin – ich war 43 Jahre im Polizeivollzugsdienst und bin seit einem Jahr im Parlament –, kann ich feststellen, dass die Sensibilität und Verantwortung für jüdische Belange, aber auch das Engagement des Staates schlechthin und seiner Einrichtungen auf allen Ebenen stetig gewachsen ist. Das sollten wir nicht kleinreden.

Ich fordere Sie alle auf, den Sicherheitsbehörden zu trauen und zu vertrauen, vor allen Dingen den Schutz der jüdischen Einrichtungen und Menschen in Deutschland und Bayern anzuvertrauen. Ich fordere Sie und uns alle auf, überall da, wo Sie im Alltag antisemitisches Verhalten –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Schluss; – sehen, wenn etwa jemand angepöbelt wird, der Stirnlocken hat, oder wenn jemand angespuckt wird, wie

es vorhin gesagt wurde, oder wenn jemand am Stammtisch angepöbelt wird, dass Sie dazwischengehen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Danke sehr. Ich hatte drei Minuten, die habe ich ausgenutzt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es waren 25 Sekunden mehr. Danke schön, Herr Abgeordneter. – Für die Staatsregierung hat nun Staatssekretär Gerhard Eck das Wort. Bitte schön.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir bei der Diskussion eben überlegt, ob ich dazu noch sprechen sollte oder nicht. Aber nach dem Geplänkel, das teilweise hin- und hergegangen ist und der Situation, wie ich meine, nicht gerecht geworden ist, will ich an dieser Stelle einige Maßnahmen ansprechen, die gezielt angegangen worden sind und auch bereits in der Umsetzung sind.

Über den Angriff in Halle – darüber sind wir uns einig – brauchen wir nicht zu reden. Das ist widerwärtig und unerträglich.

Selbstverständlich kann die Frage gestellt werden – sie kommt auch auf –, welche Schutzmaßnahmen es gibt. Unser Vizepräsident Karl Freller hat bereits zum Ausdruck gebracht, wie wir in Bayern damit umgehen. Für jedes einzelne Objekt wird eine Einzelgefährdungsanalyse erstellt. Die Schutzmaßnahmen reichen von unregelmäßigen polizeilichen Bestreifungen bis hin zu dauerhaften Standposten durch Polizeibeamte. Als Beispiel nenne ich die Israelitischen Kultusgemeinden in München und Nürnberg. Sie werden während der Gebetszeiten und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen mit Standposten durch Polizeibeamte geschützt. Das fällt nicht einfach so vom Himmel, sondern muss organisiert, gemanagt und finanziert werden. Bereits im Jahr 2015

haben wir einmalig zehn Millionen Euro für Baumaßnahmen und einmalig drei Millionen Euro für technische Sicherungsmaßnahmen ausgegeben. Letzte Woche haben wir im Ministerrat beschlossen, weitere drei Millionen Euro für technische Sicherungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Die rechtsextremistische Szene – ich traue mich, das an dieser Stelle zu sagen – steht unter genauer Beobachtung. Sorgen bereiten uns vor allem der wachsende Antisemitismus sowie Hass und Hetze im Netz. Diese neueren Entwicklungen wurden aber erkannt. Ressortübergreifend werden präventive und repressive Maßnahmen entwickelt. Deshalb kommt uns der Antrag der CSU-Fraktion, für den ich mich ganz herzlich bedanke, ausdrücklich entgegen. Die geforderte Aktualisierung des Handlungskonzepts hat bereits begonnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine ausführliche Darstellung möchte ich Ihnen an dieser Stelle nicht geben. Ich will nur einige Schlaglichter nennen. Zur Bekämpfung des Antisemitismus haben die Ressorts verschiedene teils präventive, teils repressive Maßnahmen entwickelt und bereits in das Handlungskonzept – ich habe das angesprochen – aufgenommen. Wir brauchen keine zusätzlichen Gremien oder Handlungskonzepte. Letztlich entsteht dadurch viel zu viel Bürokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bereits Beauftragte gegen Antisemitismus bei der Staatsregierung sowie bei den drei Generalstaatsanwaltschaften. Seit April 2019 gibt es die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern, um nicht nur die Straftaten im Blick zu haben, sondern auch niedrighschwellige antisemitische Vorkommnisse zu erfassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist der erste Flächenstaat, der eine solche Recherche- und Informationsstelle überhaupt aufgebaut hat.

Noch im Schuljahr 2019/2020 – das sollten wir auch aufnehmen – wird eine Lehrerfortbildung zum Antisemitismus gestartet. Meines Wissens läuft sie bereits. Die bayerischen Ministerien arbeiten mit der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremis-

mus und dem Landesamt für Verfassungsschutz zusammen. Bayernweit werden die Lehrkräfte über das Phänomen Antisemitismus aufgeklärt. Meine Damen und Herren, es werden Workshops abgehalten und pädagogische Herangehensweisen diskutiert. Um antisemitischem Gedankengut frühzeitig begegnen zu können, fördern die Ministerien auch präventive Projekte. Ich denke, auch an dieser Stelle brauche ich nicht im Detail darauf einzugehen.

Ich komme noch einmal zum Thema Hass und Hetze im Netz. Um Kinder und Jugendliche im Umgang mit sozialen Medien zu schulen, werden präventive Maßnahmen erarbeitet. Diese Maßnahmen betreffen nicht nur Cybermobbing und exzessive Mediennutzung, sondern auch die Gefahren durch Manipulation und Radikalisierung. Auch dies ist ein riesengroßes Handlungsfeld. Die Aufklärung und Strafverfolgung von Hass im Netz wird weiter verstärkt. Die Initiative "Justiz und Medien – konsequent gegen Hass" des Staatsministeriums für Justiz und der Bayerischen Landeszentrale für neuen Medien sollen die strafrechtliche Ahndung von Hasspostings erleichtern. Auch die Polizei arbeitet daran intensiv.

Meine Damen und Herren, mit dieser Aufzählung haben wir deutlich gemacht und gezeigt, dass im Freistaat Bayern – das gilt für alle Ministerien – intensiv an diesem Thema gearbeitet wird. Das sind wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ganz einfach schuldig. Allen, die daran mitarbeiten, will ich ganz herzlich danken. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Eck. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Abgeordneter Dr. Müller von der AfD gemeldet.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Eck, diese ganze Debatte ist für mich und meine Partei unerträglich. Sie und die anderen Parteien schaffen es wieder einmal, die großen und entscheidenden gesellschaftlichen Probleme, vor denen Euro-

pa und Deutschland stehen, auszuklammern. Sie wollen die kleineren kriminologischen und polizeitechnischen Schutzmaßnahmen zum Diskussionsgegenstand aufblähen. Parallel dazu läuft jeden Tag, jede Nacht, jeden Monat und über Jahre hinaus eine kriminelle Masseninvasion

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

islamistisch und fundamentalistisch eingestellter Menschen, von denen viele leider den Antisemitismus mit der Muttermilch aufgesogen haben. Sie wollen die großen Probleme, vor denen Europa und Deutschland stehen – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Müller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist für unsere Fraktion unerträglich.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Schützen Sie die europäischen Grenzen, und schützen Sie die deutschen Grenzen.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Eck, bitte schön.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Kollege, wenn Sie zum Ausdruck bringen, dass diese Situation peinlich für Sie ist, zeigt das Ihre Einstellung.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie ist nicht peinlich! Sie geht am Thema vorbei!)

Ich persönlich, meine Partei, die Staatsregierung sowie alle in diesem Parlament sitzenden politischen Gruppierungen sind froh darüber, dass wir offen, ehrlich und fair

über dieses Thema reden können. Niemand, der hier sitzt, befürwortet dieses Thema. Im Gegenteil: Wir sind uns alle darüber einig, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger anständig, ehrlich und schützend vertreten müssen. Was Sie sagen, ist für mich unerträglich.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/4303 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/4343 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, SPD und FDP sowie der Abgeordnete Plenk. Bitte die Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und der Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/4344 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.